

Redaktion, Verlag und Druck
an H. Graßmann, Schulzenstraße 17.
Einfache: Die Zeitungs- 1 Sgr.
N. 574

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn vierteljährlich 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen vierteljährlich 1 Thlr. 5 Sgr.

Abendblatt. Sonnabend, den 7. Dezember.

1867.

Deutschland.

Berlin, 6. Dezember. Nach Äußerungen der „Italien“ hätte man sich darauf gefestigt zu machen, daß sich Italien mit Frankreich allein über die römische Frage zu verständigen suchen wird. Nach der „Italien“ habe man sich auf die Alternative gefestigt zu machen, daß entweder das italienische Programm (das einerseits in der Beseitigung der weltlichen Macht des Papstes, andererseits in der vollständigen Unabhängigkeit Stellung des Papstes als geistlichen Oberhauptes besteht) zur Geltung gelangt, oder daß die Beseitigung des päpstlichen Gebietes durch die französischen Truppen fortwähre. Die „Italien“ meint, daß Frankreich vor der letzten Lösung der Frage eine gewisse Scheu habe und daß schließlich die italienischen Forderungen, wenn schon vorerst noch eine Uebergangsperiode durchzumachen sein würde, schließlich zur Annahme gelangen werden. Das von demokratischer Seite verbreitete Gerücht, daß die Berufung des Vicepräsidenten des Appellationsgerichts in Rumburg, Herr v. Brandenstein, zum Präsidenten des Stadtgerichts in Berlin zwar beabsichtigt worden, aber an höchster Stelle gescheitert sei, ist vollständig unbegründet. Die Ernennung des Herrn von Brandenstein zum Präsidenten des Berliner Stadtgerichts war, wie wir auch seiner Zeit mitgeteilt haben, allerdings beschlossen, ist indessen in Folge seiner eigenen Ablehnung nicht zur Ausführung gekommen. Herr v. Brandenstein hat jedenfalls in dieser Beziehung keine Verbesserung zu finden geglaubt, da der Präsident des Berliner Stadtgerichts nur den Rang eines Appellationsgerichts-Vizepräsidenten hat und das Amt desselben mit einer großen Geschäftslast verbunden ist. Da aber Herr v. Brandenstein zufällig auch konservativ ist, hat sich die demokratische Presse in ihrer Eingenommenheit die Sache in obiger Weise zurecht gelegt. Mit dem 1. Januar f. J. hört bekanntlich das Salzmonopol in Preußen auf. Damit ist indessen nicht gesagt, daß der Betrieb der Königl. Salzwerte in die Hände von Privaten, sei es durch Verkauf oder Verpachtung, übergeht; wenigstens ist bis jetzt eine dergleichen Bestimmung noch nicht getroffen; dagegen wird eine Regulierung der Salzpreise notwendig werden, da sie durch die eintretende Konkurrenz mit dem Auslande geboten wird. Die betreffende Veröffentlichung steht in kurzer Zeit zu erwarten. — Mit Rücksicht auf das Gelingen einer im Sommer eingeplanten Versammlung von Delegirten größter Kennvereine, Pferdezüchter u. s. w. und mit Rücksicht auf Erweiterung des preussischen Staatsgebietes, wodurch mehrere wichtige Kennplätze, z. B. Frankfurt a. M., Harburg u. s. w. gewonnen worden sind, soll die Staatsubvention zu Kennprämien von 25,000 auf 50,000 Thlr. erhöht werden. — In der Umwandlung der alten Gewehre in Hinterlader wird die Summe von 30 Mill. Gulden in Anspruch genommen.

Berlin, 6. Dezember. Sr. Maj. der König nahm Freitag Vormittag, im Beisein des Gouverneurs Grafen Waldersee, des Stadtkommandanten von Alvensleben, militärische Meldungen entgegen, empfing darauf den Adjutanten Sr. H. des Herzogs von Sachsen-Meiningen, Oberst v. Glossek, welcher in außerordentlicher Mission hier ein getroffen ist, und den General à la suite v. Werder, ließ sich sodann vom Polizeipräsidenten v. Wurmb, dem General-Intendanten v. Hülsen, dem Hausminister v. Schleinitz, Vorträge halten und ertheilte dem bisherigen Justizminister Graf zur Lippe zu seiner Verabschiedung eine Audienz. — Nach einer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck fand im königlichen Palais ein Diner statt. Unter den geladenen Gästen befanden sich J. J. H. v. Roon, der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin, außerdem der englische Botschafter Lord Loftus nebst Gemahlin, der Botschafter Frankreichs Benedetti mit Gemahlin, der Oberstleutnant Graf Riedern, der Handelsminister Graf Tschupke, der Staatsminister a. D. v. Patow, der Oberceremonienmeister Graf Stillfried, der Unterstaatssekretär v. Thiele, der Graf Reventlow-Altenhof, Graf Nauhaus-Dppendorf, Graf Broddorf u. s. w. Abends erschienen die Majestäten in der Oper.

— Wegen der Zweckmäßigkeit einer vorbereitenden Gesamten-Konferenz der Großmächte sollen selbst in französischen Regierungskreisen die Ansichten getheilt sein. Das Ergebnis wäre jedenfalls zweifelhaft. England würde unter allen Umständen den Weg des gewöhnlichen diplomatischen Gedankenaustausches vorziehen.

— Der Verein der „Berliner Presse“ hat beschlossen, eine Petition an das Abgeordnetenhaus zu richten, worin um Aufhebung der Zeitungssteuer gebeten wird. — Wie man hört, soll das Ministerium des Innern geneigt sein, die Zeitungssteuer unbedingt fallen zu lassen, da bei der gegenwärtigen günstigen Lage der Finanzen die Summe von einer halben Million, welche sie einträgt, nicht ins Gewicht fällt, die Umwandlung in eine Infratextsteuer aber auf große Schwierigkeiten stößt. Es ist in der That richtig, daß eine Infratextsteuer auf viele kleine Blätter in der Provinz nicht weniger drückend lasten würde, als eine Zeitungssteuer.

— Der frühere Abg. Frenzel ist bekanntlich durch das Erkenntnis des Appellationsgerichts zu Gumbinnen zu einer Geldbuße von 100 Thlr. verurtheilt; gegen dasselbe hat weder der Abgeordnete Frenzel, noch der Staatsanwalt appellirt. Die in letzter Beziehung von den Zeitungen gebrachte Nachricht beruht daher auf einem Irrthum. Das Erkenntnis hat vielmehr bereits Ende vorigen Monats die Rechtskraft beschränkt.

— Die Bohrerarbeit bei Sperenberg, durch welche ein bedeutendes Steinsalzlagervon aufgeschlossen worden, ist fortgesetzt worden, und hat bis zum heutigen Tage bereits eine Mächtigkeit von 84 Fuß ergeben, ohne das Ende desselben nach der Tiefe zu erreichen. Die zu Tage gebrachten Salzproben sind von rein weißer Farbe und haben sich auch bei ihrer chemischen Untersuchung von einer großen Reinheit, namentlich gänzlich frei von Kalk- und Magnesia-Salzen gezeigt. Zu Staßfurt liegen die Kalisalz, welche dem

vortigen Salzwerke eine so außerordentliche Bedeutung gegeben haben, zwar über dem reinen Steinsalz, zu Schönebeck hat man sie dagegen unter einem mächtigen Lager von Steinsalz gefunden. Es ist daher die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, diese für die chemisch-technische Industrie und für die Landwirtschaft wichtigen Salzarten auch bei Sperenberg in größerer Tiefe noch zu treffen, worüber die hiesige rasch fortschreitende Bohrerarbeit Aufschluß geben wird.

— Wie wir bereits mittheilten, hat die Königl. Staatsregierung die Frage des Nothstandes in den beiden Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen den eingehendsten Beratungen unterzogen und die Resultate dieser Berathung demnächst noch den hier anwesenden Abgeordneten und Herrenhaus-Mitgliedern aus der Provinz Preußen zur gutachtlichen Äußerung vorgelegt. Die „Z. C.“ hört, daß die Beschlüsse der Regierung die unbedingte Anerkennung jener Vertrauensmänner gefunden haben. Die gefassten Beschlüsse gehen dahin, den betroffenen Kreisen in ausdehnender Weise Fonds zu Chauffee- und Weggelassen zur Disposition zu stellen; desgleichen Vorschüsse zu ausgedehnter landwirtschaftlicher Meliorationen zu gewähren, desgleichen Sittens der Forstverwaltung in möglichst ausgedehnter Weise Arbeitsstellen zu eröffnen und außer der Herabsetzung der Frachtpreise auf den Eisenbahnen auch noch Getreide aus den Königl. Magazinen zur Verfügung zu stellen. Außerdem hat die Regierung auch noch den Beschluß gefaßt, mit Rücksicht auf den Nothstand des Schleunigsten mit dem Bau der beiden Eisenbahnlinien von Thorn nach Insterburg und von Schneidemühl nach Dirschau vorzugehen, auch darauf Bedacht zu nehmen, den kleinen bäuerlichen Wirthen in den heimischen Distrikten, soweit sie pupillare Sicherheit gewähren können, mit Vorschüssen zur Erhaltung ihrer Präkationsfähigkeit und Durchwinterung ihrer Wirtschaften zu Hülfe zu kommen. Zu dem letzteren Zwecke soll die Regierung namentlich die noch nicht vernichteten 1,200,000 Thaler Darlehensscheine zu verwenden und hierzu, sowie zu dem Bau der erwähnten Eisenbahnen die Zustimmung des Landtages einzubolen beabsichtigen. Die Anschlagssummen für die Thorn-Insterburger Bahn einschließlich der Weichselbrücke betragen rund 16 Millionen, für die Linie Schneidemühl-Dirschau 8 Millionen.

Berlin, 6. Dezember. (Haus der Abgeordneten.) 11. Sitzung. (Schluß.) Zur Einleitung der General-Diskussion erhält das Wort der Reg.-Komm. Geh. Rath Schiele: Trotz der Aufhebung des Salzmonopols seien die Anlagen in den Einnahmen eben so hoch geschätzt, wie in den Vorjahren; und es werde auch im Laufe dieses Jahres die Verwaltung noch ebenso weiter geführt werden wie früher, um möglichenfalls eintretendem Mangel an Salz in den entlegeneren Theilen der Monarchie vorzubeugen. Die großen Faktoreien würden nach und nach einzeln veräußert werden und die Waggonseisen nach dem Stande der Konkurrenz öffentlich versteigert werden. Für die einzelnen Verkaufsstellen sei ein fester Preis gestellt, der die Selbstkosten nicht übersteige; die Furcht, daß nach Aufhebung des Monopols die Salzpreise steigen würden, habe sich nicht erfüllt; im Gegentheil seien sie selbst in den entferntesten Theilen der Monarchie bis um ¼ billiger geworden. Die für die Einnahme aus dem Salz zu erwartenden Folgen von Verträgen, die auf mehrere Jahre abgeschlossen und erfüllt werden müssen; die übrigen Posten seien nicht erheblich genug um darüber zu sprechen. Von der Regierung sei Alles geschehen, um zum 1. Januar den freien Verkauf zu eröffnen. Abg. Dr. Hammacher richtet an den Regierungs-Kommissar die Frage, ob und wie die Staatsregierung die mit der Saline zu Halle abgeschlossenen Verträge zur Aufhebung gebracht habe, oder noch zu bringen gedenke. Die Einnahmeposten seien als Ordinarien angesehen; das sei nicht richtig, denn diese Anlagen würden nicht regelmäßig wiederkehren. Eines bestimmten Antrages, daß sie als Extraordinarien angesehen würden, enthalte er sich für jetzt. Eine gewisse Uebergangsperiode sei nöthig; sie müsse aber so viel als möglich abgekürzt werden. Er enthalte sich eines bestimmten Antrages, da es zur Regulierung dieses Theils unserer Staatswirtschaft der Sammlung genügender Erfahrungen bedürfe. — Finanzminister v. d. Seydt: Die Aufnahme des Verlaufs von Salz in den ordentlichen Etat werde durch das Aufheben des Salzmonopols fortfallen. Die Gebäude würden theils von der Salinen-Verwaltung weiter benutzt, theils zu gleichen Zwecken vermiethet werden. Sollten einzelne zum Verlaufe kommen, so würden die Einnahmen daraus an die Staatskasse abgeführt werden.

Regierungs-Kommissar Geheimrath Ober-Finanzrath v. Schiele: Die Anfragen des Herrn Abg. Dr. Hammacher finden ihre Beantwortung in den Erläuterungen zum Etat. Es sei irrthümlich, daß der Fiskus das Salz zum Selbstkostenpreise veräußere; es geschehe dies nur zu den Selbstkosten der Salinenverwaltung. Hinsichtlich der Stellung der Regierung zu der Salinen-Verwaltung in Halle, so würde der Vertrag vom Jahre 1810 bis 1817 mit Aufhebung des Monopols ebenfalls aufgegeben. Nur, wenn der Salzhandel konzentriert werde, könne die Konkurrenz mit den günstigsten salinirten Salinen ausgehalten werden. — Abg. Dr. Hammacher erklärt, daß er sich in Betreff der Miethe der Salzgebäude in einem Verthum befinden habe. — Regierungs-Kommissar v. Schiele weist darauf hin, daß der Fiskus durch eine richtige und vortheilhafte Benutzung des Verkaufsrechtes die Rente aus den Gebäuden erhalten werde. — Abg. Dr. Löwe hebt nicht ein, warum auf die Salinen-Verwaltung in Halle mehr Rücksicht genommen werden solle. — Finanzminister v. d. Seydt erklärt, daß die Verhältnisse in Halle anders seien, als die in Westphalen. — Nach einem kurzen Bemerkung des Abg. Dr. Hammacher erklärt der Abg. v. v. Bockum-Dolfs, daß er darin keine besondere Willigkeit finde, wenn der Herr Finanzminister die Kündigung in Westphalen bereits am 9. August 1867 in Folge des Beschlusses des Reichstages habe eintreten lassen. — Finanzminister v. d. Seydt: Wenn sich die Salinen in Westphalen benachteiligt glauben, so mögen sie einen Prozeß anstrengen. — Abg. v. Bockum-Dolfs: Es gebe das Gerücht, die Saline in Halle erlaube sich einer ganz besonderen Freundschaft Seitens der Regierung.

Hiermit ist die Spezial-Diskussion geschlossen. Es folgt die Berathung des Etats der Lotterieverwaltung, wozu folgende Anträge gestellt sind: 1. vom Abg. Jacobi (Eignung): das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Staatsregierung um Auskunft zu ersuchen, weshalb dieselbe beabsichtigt, die Verordnungen vom 5. Juli v. J. (Gesetz-Sammlung Seite 1056), wonach die Landeslotterien in Hannover und Osnabrück, sowie die Lotterie in Frankfurt a. M., und zwar eine jede derselben nach Vereinbarung ihrer zweiten, im laufenden Jahre spielenden Klassen-Lotterie aufgehoben werden sollten — wie der vorliegende Etats-Entwurf zeigt — hinsichtlich der Lotterien in Hannover und Osnabrück nicht zur Ausführung zu bringen, ferner, welche Absichten hinsichtlich der Lotterie zu Frankfurt a. M. geordnet werden beschließen, die Königl. Staats-Regierung aufzufordern, den Etat für die Lotterie in Frankfurt a. M. pro 1868 nachträglich vorzulegen, um die Einnahmen und Ausgaben dieser Veranstaltung in den Staats-

haushalts-Etat noch aufnehmen zu können. (Vor Beginn der Spezial-Diskussion bemerkt der Abg. Dicks zur Geschäftsordnung, daß er seinen Antrag zu Gunsten des Jacobischen zurückziehe.) 3. Von dem Abgeordneten v. Bockum-Dolfs: Aufhebung sämtlicher Klassen-Lotterien. 4. Von dem Abg. Dr. Becker (Dortmund) auf Aufhebung der Staats-Lotterie. Zur Einleitung in die allgemeine Debatte erhält das Wort der Geh. Ober-Finanzrath v. Pöhl: Es sei auf die Vorstellungen der Lotterie-Einnahmer in Hannover und Osnabrück, daß es ihnen nicht möglich werde, sich in kurzer Zeit einen anderen Erwerbszweig zu beschaffen, Rücksicht genommen, und es seien daher diese Lotterien in den Etat aufgenommen. In Betreff Frankfurt a. M. habe die Regierung die Ueberlassung der Lotterie auf fernere 5 Jahre für eine günstige Grundlage zur Vereinbarung über die Sonderung des Stadt- und Staatsvermögens gehalten. Nebenerläutert unter großer Unannehmlichkeit des Hauses die einzelnen Positionen der Einnahmen und Ausgaben der Lotterie-Verwaltung.

Der Präsident theilt mit, daß die verschiedenen Anträge bei der Spezialdiskussion zur Abstimmung gelangen würden. — Abg. Dr. Becker (Dortmund) hält die Aufhebung der Lotterien für gerechtfertigt. Es könne nicht maßgebend sein, daß dadurch ein Ausfall in der Einnahme entstehe. Auf die neuen Landesbeile sei die Beibehaltung keines Falls auszuweichen. Die angelegten Positionen seien zu streichen. Er habe aus Willkür-Rücksichten für Frankfurt a. M. seinen Antrag gestellt, aber er verzichte gern auf die Annahme des feineren, wenn sich das Haus für jenen entscheiden sollte. Abg. Becker zieht auf die Anfrage des Präsidenten seinen Antrag zu Gunsten des Landeslotterien zurück. — Finanzminister v. d. Seydt: Es sind dringende Vorstellungen gegen die Aufhebung der Lotterie aus Hannover eingegangen, die berücksichtigt werden müssen. Auch der Provinzial-Landtag zu Hannover war ebenfalls dieser Ansicht. Die Staats-Regierung selbst war stets für Beseitigung der Lotterie. — Abg. Pöhl: Sämtliche Lotterien seien aufzuheben. Finanzielle Rücksichten seien nicht maßgebend. Der Standpunkt der öffentlichen Moral wiege schwerer als der finanzielle. Er empfehle daher die Annahme seines Antrages. — Finanzminister v. d. Seydt: Ueberlässe ich Ihnen lieber für 1867 noch für 1868 zu erwarten; dies liegt in dem Drucke, der auf dem Verlehrs lastet. Ich hege die Hoffnung, daß für dieses Jahr der Abschluß ohne ein nennenswerthes Defizit erfolgen kann, aber nicht die Hoffnung, daß sich ein Ueberschuß nicht ergeben. Auch im nächsten Jahre wird sich voraussichtlich ein Ueberschuß nicht ergeben. Die Regierung wird den Gegenstand im Auge behalten, aber den Antrag kann ich zur Annahme nicht empfehlen.

Abg. Ellissen: durch Humanitätsrücksichten gegen die Lotterie-Einnahmer müsse man sich nicht leiten lassen. Die Aufhebung der Lotterie in Hannover sei im Allgemeinen eine Wohlthat. — Abg. v. Bornstedt (größtentheils unverständlich) spricht gegen die Aufhebung der Lotterie. — Abg. v. Bockum-Dolfs (für die Aufhebung) befragt die Nichtanführung des Dekrets vom 5. Juli und empfiehlt die Annahme des Landeslotterien-Antrages. — Der Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt. — Abg. Dr. v. Bockum-Dolfs: der Standpunkt liegt so, daß die Lotterien, die aufgehoben seien, durch die Etatspositionen wieder eingeführt werden sollten. Das sei nicht möglich und könne nicht zugegeben werden. Er nehme daher den Bederschen Antrag wieder auf. Der Verlust für den Staat sei gering. Das Lotteriespiel sei in den untern Klassen des Volks eine chronische Leidenschaft. Wo viele Lotterien sind, sind keine Sparsassen und umgekehrt. — Abg. Frhr. v. Vincke (Minden) schließt sich den Ausführungen des Vorredners in Betreff der Lotterien zu Hannover und Osnabrück vollkommen an. Durch das Budget kann nicht ein Infinitum wieder eingeführt werden, das geleglich aufgehoben worden sei. Anders verhalte es sich mit der Lotterie zu Frankfurt. Für diese sei die frühere aufhebende Verordnung durch eine spätere Allerhöchste Ordre wieder beseitigt. Im Allgemeinen sei er für Aufrechterhaltung der Lotterien in Hannover und Osnabrück und schloße sich deshalb den darauf abzielenden Anträgen an. — Finanzminister v. d. Seydt: Der Provinzial-Landtag von Hannover habe sich dahin ausgesprochen, im Interesse der Kollekturen noch einige Zeit die beiden hannoverschen Lotterien bestehen zu lassen. Deshalb seien sie im Etat aufgenommen, deshalb habe die Staats-Regierung keine Veränderungen im früheren Verhältnis eintreten lassen.

Abg. Riquel: Die Stadt Frankfurt durch die Lotterie zu entschädigen, sei bedenklich, zumal man noch nicht wisse, ob ihre Lage ein solches Opfer verlange. So viel er wisse, sei für sie mehr als genug gegeben. Der Reichthum in Hannover sei durch die Schuld des Hauses ein zweifelhafter gewesen, doch habe sehr wohl eine Verordnung die andere aufheben können, wenn auch in abweichender Form. Die Aufhebung der hannoverschen Lotterie würde nur den preussischen Loosen ein Agio zufügen; also sei es besser, sie überhaupt in der ganzen Monarchie aufzuheben, wofür der Antrag v. Bockum-Dolfs ein volles Jahr Zeit lasse. — Finanzminister v. d. Seydt: Die Vereinbarungen mit Frankfurt können nur mit Zustimmung des Landtages getroffen werden und sie wird eingestift. Die Positionen der Lotterie in Berlin werden genehmigt. Vor der Abstimmung über die in Hannover und Osnabrück bemerkt Abg. Roster, daß man nicht wegen 400 Familien das Anwesen der Lotterie fortbestehen lasse, so wenig man im Domänen-Etat auf die Bettlern und Schmäher Rücksicht nahm, als es sich um die Verpachtung handelte. Die Positionen betreffend die Lotterien in Hannover und Osnabrück (Einnahme 75,992 resp. 62,400 Thlr.) werden gestrichen. Dafür u. A. Graf Bethusy, Ellissen, dagegen Zweifeln, v. Hennig und die meisten Hannoveraner. Mit den Einnahmen fallen auch die Ausgaben dieser Lotterie weg (31,288, resp. 28,502 Thlr.), nachdem Abg. v. Bockum-Dolfs vergeblich die Bewilligung für Osnabrück erbeten hat. Von den oben mitgetheilten Anträgen kommt nur der des Abg. v. Bockum-Dolfs zur Abstimmung und wird mit großer Majorität angenommen.

Der Etat der Seehandlung weist für 1868 700,000 M. in der Einnahme nach (100,000 M. mehr als im vorigen Jahre), während die fast unverändert gebliebenen Verwaltungskosten von 55,695 Thlr. aus den Fonds des Instituts bestritten werden. — Regierungs-Kommissar Geh. Rath Schiele leitet den Etat ein. — Abg. Schmidt (Stettin) wünscht, daß ein gedruckter ausführlicher Bericht der Geschäfte der Seehandlung vorgelegt werde, wie Seitens der Bankverwaltung. — Finanzminister: Diesem Verlangen stehe das für die Bankergeschäfte der Seehandlung nothwendig zu bewahrende Geheimniß entgegen.

Es folgt der Etat der preussischen Bank mit einer Einnahme von 1,764,000 M. und einem Reinertrage von 260,000 M. — Der Etat der Landesbank zu Wiesbaden, deren Verwaltungs-Kosten (16,010 M.) aus dem Fonds der Landesbank bestritten werden, wird wie der der preussischen Bank genehmigt. — Der Etat der Münzverwaltung weist eine Einnahme von 265,560 M. auf (193,627 M. mehr), die Ausgaben sind ebenso groß, ein Ueberschuß ist nicht vorhanden. Es werden fortan drei Münzen arbeiten: in Berlin, Hannover und Frankfurt a. M. Die Verathung wird unterbrochen, da das Wort sich erbeten hat. Handelsminister Graf Tschupke: Ich habe dem Hause zwei Gesetzentwürfe zu überreichen, die sich auf den Bau von zwei Eisenbahnen beziehen; es sind dies die zwei ersten aber nicht die letzten. (Heiterkeit.) — Die eine betrifft die Bahn von Gotha nach Reinsfeld. Für diese Bahn war früher schon eine Zinsgarantie vom Staat vorausgesetzt worden; es war dabei ein fester Cours von 90 Pro. Da die Gesellschaft deshalb nicht bauen konnte, oder wollte, der Bau der Bahn im Interesse der betreffenden Landesbeile aber sehr wünschenswerth bedeu. Die kaiserliche Regierung hat sich nun bereit erklärt, die Summe von 230,000 M. zu übernehmen, und die Wette an Preußen gerichtet. Eine gleiche Summe zu übernehmen: für den Rest werden die betreffenden Städte auskommen. Ich bitte nun um die Bewilligung des Hauses, diese

Summe aus den Mitteln, die vorhanden sind in dem Ueberreste des ehemaligen Eisenbahnfonds, zu entnehmen. Für diese höchst einfache Sache beantragte ich Schlußberatung. Die andere Vorlage betrifft den Bau einer Bahn von Trier nach Gail. Auch für diese Bahn hat der Staat früher schon die Zinsgarantie auf Höhe einer bestimmten Summe übernommen; da sich die Kosten jedoch, in Folge einer höheren Grundentschädigung größer herausgestellt haben, will die Gesellschaft den Bau nicht eher in Angriff nehmen, als bis auch für dies Fünftel die Zinsgarantie übernommen wird. Da auch der Bau dieser Bahn sehr wichtig ist, bitte ich Sie, das Gesetz zu genehmigen und dasselbe zur Prüfung den vereinigten Kommissionen für Handel und für Finanzen zu überreichen.

Vize-Präsident v. Köller schlägt vor, auf den Vorschlag des Ministers einzugehen und das erste Gesetz zur Schlußberatung zu stellen.

Abg. Dr. Hammacher beantragt, auch dies Gesetz den vereinigten Kommissionen für Handel und Finanzen zu überreichen und wird durch die Abgg. v. Unruh und Krieger unterstützt. — Die Abgg. Heyse und Graf v. Helldorf bleiben bei dem Antrage auf Schlußberatung stehen, um so schnell als möglich fertig zu werden; während der Handelsminister auch gegen die Ueberweisung an die Kommission nichts einzuwenden hat. — Die Majorität entscheidet sich für die Ueberweisung an die genannten Kommissionen für beide Gesetze. — Es wird in der Beratung des Ministeriums fortgesetzt und derselbe unanändert genehmigt, nachdem sich die Regierung auf den Wunsch des Abg. Dunder bereit erklärt hat, den Bauplan für das neue Münzgebäude zur Prüfung vorzulegen. — Es ist unter 2½ Uhr geschlossen; im Hause wird es später, bei Aufbruch Vertagung wird laut. — Da übernimmt Präsident v. Forckenbeck schnell wieder den Vorsitz und bittet die Mitglieder, da doch in aller Zuerst die baldige Beendigung der Staatsberatung liegen müsse, wenigstens bis 4 Uhr auszuharren; er spricht sich dafür aus, die Sitzungen nie über 4 Uhr auszudehnen. — Das Haus beruhigt sich dabei und fährt in der Beratung fort. — Die Zurnachstentribüne erhält jetzt Licht, ebenso die Stenographen des Hauses; der Saal bleibt finster und wird immer finstlicher.

Der Etat der Staatsdruckerei wird ohne Debatte genehmigt. — Es folgt der Etat der Porzellan-Manufaktur. Das Ordinarium wird ohne Debatte bewilligt. Als Ausgabe-Extraordinarium sind 100,000 M. ausgesetzt als erste Rate für Verlegung der Porzellan-Manufaktur nach Charlottenburg. Der Abg. v. Hennig hat die Anträge gestellt: 1) diese 100,000 M. abzusehen; 2) die Staatsregierung zu eruchen, die baldige Aufhebung der Porzellan-Manufaktur zu veranlassen. — (Es werden nun auch die Kronleuchter im Saale angezündet, was jedoch sehr lange Zeit in Anspruch nimmt, so daß die Anzündung aller Leuchten erst kurz vor Schluß der Sitzung beendet ist. Ein großer Theil der Abgeordneten verwendet meistens seine Hauptaufmerksamkeit auf das Beobachten dieser, für den betreffenden Diener sehr schwierigen und anstrengenden Operation. Mit Ausruhen der Freude wird es meist begrüßt, wenn ein Arm der Gasröhre nach langem Strauben schließlich doch noch Feuer fängt.)

Abg. v. Hennig motiviert seine Anträge. — Der Regierungs-Kommission tritt diesen Ausführungen entgegen und bittet um Ablehnung der Hennigschen Anträge. — Der Schluß wird angenommen; es wird über den ersten Theil des Hennigschen Antrags, Ablehnung der 100,000 M. abgestimmt. Dafür die linke Seite des Hauses und ein Theil des Centrums, dagegen die rechte Seite und ein Theil des Centrums. Da das Resultat zweifelhaft ist, wird gezählt. Es ergibt sich, daß der Antrag Hennig auf Streichung der 100,000 M. mit 162 gegen 141 Stimmen angenommen ist. Der zweite Theil des Antrags, betreffend die Aufhebung der Porzellan-Manufaktur wird gleichfalls angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: 1) Rest der heutigen Tagesordnung (Fortsetzung der Budget-Beratung); 2) Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission in Betreff der Eidesverweigerung der Abgeordneten Ahtmann und Krüger; 3) Kalenderstempelgesetz; 4) Wahlprüfungen.

Danzig, 5. Dezember. Zum Frühjahr soll die Panzerregimente „Kronprinz“ zunächst in Dienst gestellt und die Seetätigkeit derselben auf einer größeren Fahrt erprobt werden.

Geestmünde, 3. Dezember. Sr. Maj. Korvette „Augusta“, welche in voriger Woche nach längerem Aufenthalte aus Wendt's Dock entlassen wurde, hat Befehl, bis zum 5. Dezember feldfertig zu sein, um nach Mexiko abzugehen.

Karlsruhe, 6. Dezember. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer gab der Justizminister die Erklärung ab, daß die Regierung womöglich noch im Laufe der gegenwärtigen Landtagessession einen Gesetzentwurf zur Einführung der obligatorischen Eheliche vorlegen werde.

Ausland.

Wien, 6. Dezember. Die wiederholte Angabe des Londoner Journals „Dwl“, daß Freiherr v. Beust den Beitritt Englands zu einem zwischen Frankreich und Oesterreich vereinbarten Abkommen, betreffend die Erhaltung der Integrität der Pforte, herbeizuführen gesucht habe, wird von offizieller Seite für durchaus ungründet erklärt und gleichzeitig versichert, daß ein derartiges Abkommen sowie ein darauf bezügliches Protokoll überhaupt nicht existire.

Paris, 5. Dezember. Aus der Rede Rouher's im gesetzgebenden Körper ist noch Folgendes nachzutragen: Der Staatsminister konstatierte, daß Italien seit lange mündlich gewarnt wurde und davon unterrichtet war, daß Frankreich für den Fall, daß Garibaldi das päpstliche Gebiet betreten sollte, interveniren würde. Seit dem 10. September, fährt der Minister fort, war unsere Entschluß gefaßt. Giotte und Armee waren bereit, der Gesandte Italiens war in Kenntniß gesetzt. Der Minister widerlegte das, was Thiers über den italienischen Krieg von 1859 gesagt hatte. Konnten wir, sagte er, die Unglücksfälle Oesterreichs 1859 voraussehen? Wir haben dieser Thatfache seitdem Rechnung getragen, indem wir Oesterreich halten, sich wieder zu erheben, und indem wir mit demselben eine aufrichtige Freundschaft schließen, welche, wie ich hoffe, nicht ohne Einfluß auf den Weltfrieden bleiben wird. Die von Garibaldi ausgeführte und von Victor Emanuel acceptirte Eroberung Siciliens hat zu der lästigen Solidarität den Grund gelegt, wofür Victor Emanuel heute — wenn ich es zu sagen wagen darf — in angedeuteter Weise eine Züchtigung erhält. Diese Eroberung war ein tadelnswerthes Mittel, um das italienische Einigungswerk fortzusetzen. Rouher tabelt die Eroberung der Marken und Umbriens, stellt in Abrede, daß Napoleon dieselbe mündlich durch eine gewisse Art des „Gewährlassens“ autorisirt habe. Er erinnert daran, daß die französische Regierung Italien getadelt habe, weil er aber durfte sie nicht geben.

Rouher rethorisiert die September-Konvention und die Intervention. Wenn nach der Invasion Garibaldi's Frankreich gleichgültig geblieben wäre, würde es in der Meinung der Welt sehr tief gesunken sein. Unsere Intervention hat auch den Thron Victor Emanuel's geschützt, durch die Rettung Rom vor der Invasion haben wir Italien vor der Anarchie geschützt. Auf die Wiener Vorfälle eingehend, sagte der Minister: Die üblen Mächten haben von dort her den Pariser Boden gestreift. Es wurde ein elender Versuch zum Appell an die Waffen gemacht, welcher in Schande zusammengefallen ist. Alle Sektierer können sich untereinander. Die drei Endziele waren Rom, Florenz und Paris. Wir haben demnach ein echt konserverbares Werk des Liberalismus gethan, welches für alle regierenden Regierungen Europa's von Interesse ist. In

Bezug auf die Konferenz erklärte Rouher: Wir haben allen Mächten mitgetheilt, daß wir kein Programm formuliren wollen, wir werden uns auf der Konferenz mit unserer Vergangenheit und unserer Gegenwart einfinden. Der Paps hat unsere Einladung ohne Vorbehalt angenommen. Was das aufgestellte Dilemma betrifft, daß der Paps Rom notwendig habe und Italien dasselben nicht entbehren könne, so erklären wir: daß Italien sich Rom nicht bemächtigen werde. (Langanhaltender Beifall.) Niemals wird Frankreich eine solche seiner Ehre und der ganzen katholischen Welt angedehnte Gewaltthat dulden. Es wird von Italien eine kräftige und energische Ausführung der September-Konvention verlangen: wenn nicht, wird es selbst dafür sorgen. Ist das deutlich?

Paris, 6. Dezember. Die letzten Worte der Rede, welche der Staatsminister Rouher in der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers gehalten hat, lauten folgendermaßen: Wir verlangen mit Festigkeit und Energie, daß die September-Konvention respektirt werde, nicht minder aber wollen wir auch die italienische Einheit achten und stärken. Wir verlangen, daß Italien sich in eine Existenz neben dem Papstthum finde; wir wollen jedoch keineswegs, daß ein Werk, welches durch unsere Siege zur Vollendung gebracht wurde, wieder verkrüppelt werde. Das französische Volk will weder den Umsturz des Papstthums noch die Vernichtung der italienischen Einheit. Suchen wir Italien zu überzeugen, daß die Idee, Rom als Hauptstadt zu besitzen, nur eine unfruchtbare, daß sie ein künstlich eingetragenes Bedürfnis ist, daß die Erwerbung Roms für Italien einen verhängnisvollen Besitz bedingen würde. Italien hat vor Allem nöthig, sich zu konstituiren; es hat keinen Grund, darüber Furcht zu empfinden, daß in den Hallen von St. Petrus ein Ortel zu Ost steht, denn die zum Ortel erhobenen Hände dieses Orfels, bringen Frieden in die bruchstüchtigen Gewissen der katholischen Christen.

Paris, 6. Dezember. Die heutigen Abendblätter konstatiren die Wichtigkeit der gestrigen Erklärungen Rouher's und heben hervor, daß die Situation sich dadurch geklärt habe. Die „France“ schreibt darüber: Das erste Resultat der Erklärungen Rouher's wird darin bestehen, daß die Konferenz unnöthig gemacht wird. Die päpstliche Frage ist gelöst, wie es unsere Ehre und die Ruhe unserer religiösen Gewissen erforderte. Die „France“ schließt ihren Artikel mit den Worten: Man weiß jetzt, was Frankreich will, und in einem Lande, wie das unsere, ist eine Politik, welche sich besetzt, stets eine Politik des Triumphes.

Florenz, 3. Dezember. Hier sind 50 Personen aus politischen Gründen verhaftet worden. Eine Deputation der hiesigen Einwohner, unter denen sich Mauro Macchi befand, begab sich zum Minister des Innern, um zu sehen, ob es möglich sei, ihre Freilassung zu erlangen. Dieser Schritt war nutzlos; sie erhielten die Antwort, man habe die Beweise in Händen, daß eine Verschwörung zu dem Zwecke angezettelt sei, die jetzige Regierung zu stürzen. Die Voruntersuchung dieses Processes sei von Seiten der Gerichte bereits begonnen.

Man schreibt der „Sp. Z.“ aus Rom unterm 28. November: Die Kurie hat ihre unwandelbaren Anschauungen, welche sie auch auf der in Aussicht genommenen Konferenz in der römischen Frage verharren wird zur Geltung zu bringen. Das Kardinal Antonelli dem französischen Gesandten, Grafen Carliès, die Theilnahme an der Konferenz zugesagt hat, kann ich bestätigen, aber diese Theilnahme hat mit der Lösung der eigentlichen Frage nichts zu thun. Der päpstliche Bevollmächtigte wird vielmehr, so versichert man in den Kreisen der Kurie, den Auftrag erhalten, in entschiedener Weise die Rechte der weltlichen Macht des Papstes zu entwickeln, ohne sich auf eine Widerlegung entgegenstehender Ansichten auch nur einzulassen. Wichtig für die Beurtheilung der Situation ist der Umstand, daß zum Bevollmächtigten des heiligen Stuhles Niemand anders, als der Staatssekretär Kardinal Antonelli ausersehen ist, um in seiner Person zugleich einen Vorstehenden der Konferenz zu erhalten, über dessen Ergebnissen für den Paps kein Zweifel bestehe. Zur Ausübung dieser Funktion wird Kardinal Antonelli mit den Prärogativen eines Legaten a latere versehen werden und in dieser Eigenschaft die „majestätische Person“ des Papstes selbst vertreten. Ein päpstliches Breve von 1750 räumte den Kardinalen den Vorrang vor den Botschaftern ein. An katholischen Höfen ist gegen diese Prästension des Vorrangs vor weltlichen Gesandten erster Klasse, namentlich seit Sixtus V., selten Widerspruch erhoben worden. Der päpstliche Legat wird also den Vorsitz in der Konferenz einnehmen, wenn das alte Ceremoniell daselbst in Geltung bleibt. Ein anderer Cardinal oder gleichgestellter Geistlicher ist bestimmt, den Legaten zu begleiten und unter Umständen als zweiter päpstlicher Gesandter und in Abwesenheit des ersten zu fungiren.

Madrid, 5. Dezember. Die amtliche „Gazeta“ kündigt die Bornaahme neuer Reaktionen am Budget des Marineministeriums an. Die Königin Christine hat sich nach Aranjuez begeben. Der Erzherzog Ludwig Viktor wird in Cordova erwartet.

Petersburg, 2. Dezember. Oesterreich hat die Verlobung der Prinzessin Eugenia Maximilianowa Romanowna, zweiten Tochter des seligen Herzogs von Leuchtenberg und der Großfürstin Maria Nikolajewna, mit dem Prinzen Alexander Friedrich Konstantin von Oldenburg, zweitem Sohne der Prinzen Peter, bekanntgegeben. Der Bräutigam, geb. am 2. Juni 1844, ist Adjutant Sr. Majestät des Kaisers; die Braut ist am 1. April 1845 geb.

Belgrad, 6. Dezember. Das Journal „Naboban“ bespricht die gestrige Rundgebung der offiziellen Zeitung und erklärt: Serbien ist selbst ein Wächter der Integrität der Pforte; seine wie immer geartete, dieser Integrität widersprechende Politik kann Serbiens Einwirkung erwarten, da wir die Integrität des osmanischen Reiches nicht nur als die Grundlage des Friedens im Orient, sondern auch als Lebensbedingung unserer nationalen Existenz betrachten. Die Regierung wird durch solche Politik die erforderliche Konsolidirung Serbiens energisch verfolgen. — Ein österreichischer Post-Kourier ist vier Stunden hinter Belgrad erschossen worden.

Bermittlendes.

Minden, 1. Dezember. Die Prüfung der einjährig Freiwilligen aus den Norddeutschen Bundesstaaten Lippe-Schaumburg und Lippe-Deimold hat hier Ende v. M. stattgefunden; es waren 30 korpulente wohlgebildete 20jährige junge Leute erschienen, von denen aber 2 noch rechtzeitig austraten. Die Prüfungs-

Kommission hatte die besondere Instruktion, gelinde mit den Examinanden zu verfahren. Und so geschah's denn auch. Von den 28 Examinanden hat man 14 zum einjährig Freiwilligendienst zugelassen, und der Rest, welcher noch nicht einmal ganz orthographisch schreiben konnte, mußte, trotz aller Nachsicht, abgewiesen werden. Einige Kuriositäten aus der Prüfung mögen hier angeführt werden. Der Verfasser eines Aufsatzes über einen Brand führt „als leicht entzündbare Stoffe Schwefelholzer, Zunder und Feuersteine“ an! Ein Anderer beschreibt einen Mähdrahtmorgen: „Lämmer und Kühe hüpfen auf den Wiesen“ u. s. w. Nun auch einige Beispiele aus dem mündlichen Examen: F.: Wie heißt die höchste Spitze von Europa? A.: Rußland. Welches Meer liegt zwischen Frankreich und England? Das Mitteländische. Wie heißt das Grenzgebirge zwischen Spanien und Frankreich? Die Pyrenäen. Wo liegt Konstantinopel? In Aegypten. Wo liegt Breslau? In Pommern an der Neiße. Wo liegt Hamburg? An der Weser. Wo entspringt die Ems? Im Riesengebirge und fließt in die Oker. Wegen wen führte Keresz Krieg? Wegen die Türken. Wie heißt auch Mohamedaner in Europa? Rein! Was heißt das? Da doch, so einige sechszig. Zu welcher Gattung von Kriegen gebührt der dreißigjährige? Zu den bedeutenderen. Wer war Nero? Ein deutscher Kaiser. Kennen Sie noch einen deutschen Kaiser? Ja, Peter der Große. Wegen wen führte Peter der Große Krieg? Gegen Karl XII. Wer war Karl XII.? König von Italien. Wo ist Napoleon I. geboren? In Kalifornien. Welchen Krieg führte Friedrich II.? Den 7jährigen. Was eroberte er da? Frankreich. Frankreich? Nein, Norddeutschland. — Wollen Sie mehr? Sie können ein ganzes Altenbest bekommen. Zum Examen im Lateinischen, Französischen meldete sich Niemand, für's Englische Einer, aber wie! Arithmetik, Algebra, Klein, in Brüchen haben wir nicht gerechnet!!! Wie hat die Prüfungs-Kommission so viel späßige Antworten erhalten, als bei der eben-gedachten Prüfung. In den Vaterländern, welche diese Examinanden hervorgebracht haben, muß man doch — Etwas faul sein.

Pommern.

Stettin, 7. Dezember. In den nächsten Tagen wird hier Herr Gustav Jantowicz, Artist des Warschauer Konservatoriums, ein Orgel-Concert geben. Der Beifall, welcher seinen Concerten in Warschau, Danzig, Königsberg, in den größten Städten Rußlands und in Berlin gezollt worden ist, so wie die Anerkennung, welche dem Virtuosen von den hervorragendsten musikalischen Autoritäten, wie Louis Köhler in Königsberg, Musikdirektor Markall in Danzig u. A. anderen zu Theil wurde, bürgen für die trefflichen Leistungen des Künstlers. — Das Programm des Herrn Jantowicz enthält vorwiegend klassische Nummern und wird dessen Concert von geschätzten musikalischen Kräften unterstützt werden. Wir versehen daher nicht, auf diesen musikalischen Genuß aufmerksam zu machen.

In Betreff der Farbe des Lederzeuges der Provinzial-Landwehr-Bataillone haben Sr. Majestät der König durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre des k. d. d. Berlin, den 22. November zu bestimmen geruht, daß die ersten Bataillone der Provinzial-Landwehr-Infanterie-Regimenter weißes, dagegen die zweiten Bataillone, sowie die Reserve-Landwehr-Bataillone schwarzes Lederzeug tragen sollen.

In den letzten Tagen des verflossenen Monats sind dem Vollingen Nr. 7 wohnhafte Handelsmann Bernsten aus einem verschlossenen Bretterschuppen circa 3 bis 4 Zehntner altes Nupfer gefunden worden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 6. Dezember. Nachmittags. Angekommene Schiffe: Arick, Gaffel; Georgine, Klingenberg von Sagan; Anna, Bledert von Gadeb; Nacht in Swinemünde. Wind: N. Wetter: 15° F. Strom eingehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 7. Dezember. Witterung: trübe und feucht. Temperatur + 0° R. Wind: N. Weizen etwas niedriger, per 2125 Pfd. loco nach Qual gelber ungarischer 86—89 M. bez., feiner 90—91 M. bez., geringer 80—85 M. bez., inländischer gelber 94—97 M. bez., bunter polnischer 93—96 M. bez., Dezember 94 M. Dr., Frühjahr 95, 94½, 95½, 95 M. bez., Roggen makt und etwas niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 70—73 M. bez., besserer und ungarischer 73½, 75 M. bez., Dezember 73½, 74 M. bez., u. Dr., Frühjahr 72½, 74 M. bez., u. Dr. Gerste pr. 1750 Pfd. loco Oderbruch 51½ M. bez., märkische 51½, 52 M. bez., märkische und schlesische 53—54 M. bez., Hafer loco pr. 1300 Pfd. 34½—35 M. bez., 47—50 Pfd. Frühjahr 36 M. bez., Erbsen loco 2250 Pfd. 64—67 M. bez., Rappkuchen loco hiesige 2 M. 6 Sgr. bez., fremde frei Bahn 2 M. 5½ Sgr. bez. Weizen wenig verändert, loco 10½ M. Dr., 10½ M. bez., Dezember 10½ M. Dr., 10½ M. Dr., April-Mai 10½ M. Dr., 10½ M. Dr. Spiritus behauptet, loco ohne Faß 20½ M. bez., Kleinigkeiten 20½ M. bez., Dezember und Dezember-Januar 20 M. Dr., Januar Februar 20½ M. Dr., Frühjahr 21 M. Dr. Regulirungs-Preise: Weizen 95, Roggen 73½, Rüböl 10½, Spiritus 20.

Landmarkt. Weizen 88—97 M., Roggen 70—73 M., Gerste 47—51 M., Erbsen 64—68 M. pr. 25 Scheffel Hafer 33—36 M. pr. 26 Scheffel, Stroß 7—8 M., Heu pr. Ctr. 15—17 M.

Breslau, 6. Dezember. Spiritus per 8000 Tralles 192½, Weizen pr. Dezember 88 M., Roggen pr. Dezember 69½, pr. Frühjahr 69½, Rüböl pr. Dezember 10½, pr. Frühjahr 10½, Raps pr. Dezember 92½, Zint ohne Umsch.

Hamburg, 6. Dezember. Getreidemarkt. Loco-Getreide bei besserer Tendenz beschränkter Umsatz. Termine fester, aber ruhig. Weizen pr. Dezember 5400 Pfd. netto 167 Bankthaler Br., 166½ Gd., pr. Dezember-Januar 166½ Br., 166 Gd., Roggen pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 134 Br. u. Gd., pr. Dezember-Januar 133 Br., 132½ Gd., Hafer etwas fester. Rüböl makt, loco 22½, pr. Mai 23½, Spiritus geschäftlos. Raps behauptet. Zint geschäftlos.

Amsterdam, 6. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreide unverändert still. Roggen pr. März 307½, pr. Mai 306½, Raps pr. Dezember 71½, pr. Mai 71½, Rüböl pr. Dezember 37, pr. Mai 38.